

SPD demokratischer pressediens

P. XXV. 194

14. Oktober 1970

Optimale Bildung für junge Arbeitnehmer

Sozialdemokraten legen konkrete Zielprojek-
tionen vor

Von Harry Liehr SPD-MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
Arbeit und Sozialordnung

Seite 1 und 2 / 95 Zeilen

Tempobegrenzung auf Bundesstraßen

Maßnahmen gegen Alkoholmißbrauch und
Raserei an Steuer

Von Dr. Hans Apel MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 / 35 Zeilen

Ganzer Einsatz für eine gute Sache

Zur Erinnerung an den großen Politiker
Josef Seliger

Von Ernst Paul SPD-MdB a.D.
Geschäftsführender Vorsitzender der Seliger-
Gemeinde sudetendeutscher Sozialdemokraten

Seite 4 und 5 / 92 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 8, Heussallee 2-10
Postfach: 9183
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 89 37 - 38
Telek: 885 846/866 847/
886 848 FPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Optimale Bildung für junge Arbeitnehmer

Sozialdemokraten legen konkrete Zielprojektionen vor.

Von Harry Liehr SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Vor einem Jahr ist das Berufsbildungsgesetz in Kraft getreten. Es gehörte neben dem Arbeitsförderungsgesetz zu den herausragenden Gesetzen, die in der Zeit der Großen Koalition entstanden und für die Arbeitnehmer von ganz besonderer Bedeutung sind. Schon bei der Verabschiedung dieses Gesetzes habe ich jedoch für die SPD-Fraktion keinen Zweifel daran gelassen, daß das Berufsbildungsgesetz nur als ein erster, wenn auch bedeutsamer Schritt auf dem Wege zu einer modernen beruflichen Bildung verstanden werden dürfe. Der endlich erzielte Durchbruch konnte - nach jahrzehntelangen Versäumnissen vorangegangener Regierung - nicht vollkommen sein. Bis zur 2. und 3. Lesung des Gesetzes war die CDU/CSU darauf bedacht, den Fortschritt zu stützen. Die von der CDU/CSU noch im letzten Augenblick verursachten Verschlechterungen waren es denn auch, die eine zum Teil heftige Kritik in der Öffentlichkeit auslösten.

Hatte sich schon die damalige Mehrheit des Bundestages nicht gerade mit Ruhm bekleckert, in dem nun dazwischenliegenden Jahr ist leider auch manches Enttäuschende geschehen:

In großer Schwerfälligkeit wurden die Landesausschüsse für Berufsbildung konstituiert, bzw. mit unterschiedlichen ministeriellen Zuständigkeiten der jeweiligen Landesregierungen.

Nur sehr schleppend erfolgte die Konstituierung der Ausschüsse bei den zuständigen Stellen; gemeint sind vor allem die Handwerkskammern sowie die Industrie- und Handelskammern.

Die im Gesetz vorgesehene Zeit für eine Übergangsregelung von einem Jahr ist abgelaufen, ohne daß die Prüfungsausschüsse zur Abnahme der Zwischen- und Abschlußprüfungen in sich gleichberechtigt und tripartitisch (Arbeitgeber/Arbeitnehmer/Lehrer) schon überall umgebildet worden sind. Eine Fristverlängerung von einem einviertel Jahr wird sogar für nötig gehalten.

Für das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung - das eine Schlüsselposition im Berufsbildungsgesetz einnimmt - gelang es den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Hauptausschuß diese Institute erst nach neun Monaten, sich über den Präsidenten zu verständigen und dies auch erst nach einer Intervention des zuständigen Ministeriums.

Der Bundesausschuß für Berufsbildung, der sozusagen die politisch-fachlichen Anstöße zu geben und die künftigen Erfordernisse auf dem Feld der beruflichen Bildung abzustecken hat, wurde

zwar schon vor einiger Zeit konstituiert, geht aber auch jetzt erst daran, durch Bildung von Unterausschüssen usw. mit der Arbeit überhaupt zu beginnen.

Es muß nach meinem Dafürhalten kritisch festgestellt werden, daß die Anlaufschwierigkeiten überaus groß gewesen sind und wertvolle Zeit vertan worden ist. Was am bedrückendsten ist: Für die Auszubildenden selbst, die Lehrlinge, hat sich wohl tatsächlich auch nach einem Jahr Gesetzespraxis spürbar nichts verändert.

Dieses Rahmengesetz bedarf der Ausfüllung und Übersetzung durch alle Beteiligten. Den Gewerkschaften fällt hier - das ergibt sich vor allem aus dem nicht zu unterschätzenden Beharrungsvermögen bestimmter Arbeitgeberverbände und Kammern - die besondere Aufgabe zu, ständig in der Sache nach vorn zu drängen. Die vom Gesetzgeber geschaffenen Möglichkeiten und gewollten Veränderungen anzupacken und durchzusetzen. In jedem Fall aber muß das Ziel der gewünschten Veränderungen und die damit verbundenen Bemühungen wenigstens den mittelbar Betroffenen deutlich werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Unruhe unter den jungen Arbeitnehmern besser zu verstehen. Für sie herrscht der Eindruck vor, daß in vielen Branchen und Berufen am Herkömmlichen starr und oft wider besseren Wissens festgehalten wird, und notwendige Verbesserungen der beruflichen Bildung vielfach nur widerwillig vollzogen werden. Noch immer stehen Prestigeüberlegungen im Vordergrund, während es doch um das Gemeinwohl geht. Nicht eine engstirnige Bedarfsdeckung der Betriebe steht zur Debatte, sondern eine optimale Bildung vor allem junger Menschen, durch die der Grundstein für die notwendige Mobilität am Arbeitsplatz gelegt wird. Wirtschaftswachstum und Wohlstand für uns alle hängen entscheidend davon ab.

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung kann sich nicht auf die Feststellung solcher Tatbestände beschränken. Sie muß ihren Handlungsspielraum nutzen, um die Wege für eine moderne berufliche Bildung zu ebnen. Reformen, gerade auch auf diesem Gebiet, können nur als ein ständiger Vorgang verstanden werden. Die Bundesregierung verdient unsere volle Unterstützung, wenn sie durch ein Aktionsprogramm zur beruflichen Bildung versucht, die Reform in Gang zu setzen und damit zugleich bestehende Gesetze mit Leben zu erfüllen.

Durch den Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik sind die Wege vorgezeichnet. Die berufliche Bildung darf nicht Stiefkind der allgemeinen Bildungsbemühungen sein. So wichtig und überfällig Hochschulreformen sind, die Probleme der arbeitenden Jugend dürfen nicht länger in ihrem Schatten stehen.

Die Bundesregierung hat ihre Überzeugung bekräftigt, "daß die dringend erforderlichen bildungspolitischen Reformen in gesamtstaatlicher Verantwortung von Bund und Ländern gemeinsam gestaltet werden müssen. Der hierzu erforderliche gemeinsame Planungs- und Entscheidungsprozeß muß unverzüglich beginnen und soll innerhalb eines Jahres zu einem ersten konkreten Bildungsgesamtplan und einem Bildungsbudget führen". Bildungsplan und Bildungsbudget werden aus langfristigen Rahmenplänen und mittelfristigen Stufenplänen bestehen, die laufend fortzuschreiben sind. - Nur mit diesen Zielprojektionen kann in gründlicher Weise dem jahrzehntelangen Flickwerk mit all den damit verbundenen Unzuträglichkeiten begegnet werden. Sozialdemokraten weisen den Weg. Die jungen Arbeitnehmer sind zur Mitarbeit aufgerufen.

Tempobegrenzung auf Bundesstraßen

Maßnahmen gegen Alkoholmißbrauch und Raserei am Steuer

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Zahl der Verkehrstoten in unserem Land wächst unaufhörlich. Die Welle der Motorisierung in unserem Land ist noch nicht ausgelaufen. Im Gegenteil, Jahr für Jahr werden viele Hunderttausende von Kraftfahrzeugen neu zugelassen. Wir können unsere Autos noch sicherer machen. Wir können die Trassenführung wie die Ausstattung unserer Bundes- und Landstraßen noch wesentlich verbessern. Und dennoch werden wir zwei entscheidenden Ursachen für viele schwere und folgenreiche Verkehrsunfälle so nicht beikommen: der Trunkenheit am Steuer und den überhöhten Fahrgeschwindigkeiten.

Aus diesem Grund muß die Promille-Grenze endlich herabgesetzt werden. Wer Auto fahren will, soll die Finger vom Alkohol lassen. Natürlich wirkt Wein-, Bier- und Schnapsgenuß bei allen Menschen je nach Konstitution, Tageszeit und Müdigkeit anders. Doch das kann kein ersthaftes Argument für den gefährlichen Konsum von Alkohol vor und bei Autofahrten sein. Es geht um Menschenleben, um unsere Sicherheit.

Es muß auch endlich erkannt werden, daß wir in Westeuropa zwei- bis viermal so viele tödliche Unfälle auf der Kilometer-Fahrleistung haben als in den USA. Das hat auch vor allem etwas damit zu tun, daß in Amerika Höchstgeschwindigkeiten festgelegt sind. Selbst auf den besten Autobahnen dürfen nicht mehr als 120 Stundenkilometer gefahren werden. Auf den Landstraßen liegt diese Grenze oft wesentlich niedriger.

Gegen eine derartige Begrenzung in Europa läßt sich vieles einwenden: unsere Straßenverhältnisse, die Notwendigkeit schneller Überholvorgänge, die Art und Konstruktion unserer Pkws. Und dennoch können sich alle die, die es ernst meinen mit der Forderung nach größerer Sicherheit auf unseren Straßen, um das Problem der gefährlichen Raserei nicht herumdrücken. Ich will keine Geschwindigkeitsbegrenzungen auf unseren Bundesautobahnen. Für unsere zweibahnigen Landstraßen und Bundesstraßen wird aber eine Lösung gefunden werden müssen, die die zulässigen Fahrgeschwindigkeiten den Möglichkeiten unserer Straßen anpaßt.

+ + -

Ganzer Einsatz für eine gute Sache

Zur Erinnerung an den großen Politiker Josef Seliger

Von Ernst Paul SPD-MdB a.D.

Geschäftsführender Vorsitzender der Seliger-Gemeinde
sudetendeutscher Sozialdemokraten

Als die deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei im September 1919 zu Teplitz-Schönau ihren Parteigründungstag abhielten, sprach der österreichische Vertreter Dr. Friedrich Adler ein bezeichnendes Wort: "Wir müssen uns trennen von der besseren Hälfte der Partei". Er unterstrich seine Feststellung mit dem Hinweis, daß bei den Wahlen von 1911 die Mehrzahl der Stimmen für die österreichische Sozialdemokratie aus den Sudetenländern gekommen waren. Auch bedeutende Persönlichkeiten waren aus diesen Teilen Österreichs nach Wien abgewandert: Der erste Sozialminister Ferdinand Hanusch stammte aus dem schlesischen Städtchen Wigstadtl, der spätere Bundespräsident Karl Renner aus Südmähren und die Familie Otto Bauers kam aus Reichenberg und jene Adlers aus Prag.

Der Aufstieg der Arbeiterbewegung der Sudetenländer war seit der Jahrhundertwende mit dem Namen Josef Seligers eng verknüpft. Der Sohn eines Textilarbeiters ist am 17. Februar 1870 in Schönborn bei Reichenberg geboren worden und hatte sich nach dem Besuch der Volksschule als Handweber betätigt. Auf der Wanderschaft durch Deutschland, die ihn bis Aachen führte, wurde er mit sozialistischen Gedanken vertraut, und nach seiner Heimkehr schloß er sich der jungen sozialdemokratischen Bewegung an. Dabei zeigte sich eine Eigenschaft, die Josef Seliger sein Leben lang eigen gewesen war: Er setzte sich ganz für die Sache ein, der er sich verschrieben hatte. Er hatte als Redner bei den Bildungsvereinen begonnen und dabei waren die Teplitzer Sozialdemokraten auf ihn aufmerksam geworden und haben ihn, als sie eine Zeitung herausbringen konnten, nach einem Übergang als Konsumverkäufer zum Redakteur bestellt.

Im nordwestböhmischen Gebiet war die Krankheit sichtbar geworden als anderswo, an der der österreichische Staat zugrundegehen sollte: der Nationalitätenstreit. Durch die Industrialisierung waren in großer Zahl Tschechen in die deutschen Gebiete Böhmens gekommen, die als Arbeitskräfte willkommen waren, denen jedoch vom deutschen Bürgertum die nationale Gleichberechtigung verweigert wurde. Der nationale Streit hemmte die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Die deutschen und die tschechischen Bergwerksarbeiter waren untertags solidarisch, sobald sie aber aus der Grube ausgefahren waren, wurden sie vom nationalen Kampf um Schulen und Straßentafeln erfaßt. Josef Seliger, ein Anwalt der Gerechtigkeit, entwickelte sich zum Fachmann Nationalitäten-Problem. Als die

österreichische Sozialdemokratie sich 1899 entschlossen hatte, den ganzen Fragenkomplex auf dem Brünner Parteitag zu behandeln, wurde der 29jährige Seliger zum deutschen Referenten bestellt. Der geniale Führer der Partei Dr. Viktor Adler hatte den jungen Politiker dazu vorgeschlagen. Das "Brünner Nationalitätenprogramm" sah vor, daß Österreich umzubilden sei in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat, daß die Kronländer durch national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper ersetzt werden und daß deren Gesetzgebung durch Nationalitätenkammern erfolgen sollte. Dieses Programm, dem auch die tschechischen Sozialdemokraten zustimmten ist nie verwirklicht worden. Der Wiener Hof und das Bürgertum aller Nationen wollten diese Entwicklung zu verhindern. Lenin und Trotzki aber studierten das Programm und verwendeten es als eine Basis für die Nationalitätenordnung der Sowjetunion. Auch das heutige Jugoslawien hat versucht, seine Nationen nach diesem Programm in einem Bundesstaat zu vereinigen.

Als sich im Ersten Weltkrieg der Zerfall Österreichs ankündigte, unternahm Seliger einen Versuch, das Zusammenleben mit dem tschechischen Volk auf gerechter Basis zu ordnen. Am 10. September 1917 fand in Brünn ein "Arbeitertag der Sudetenländer" statt, auf dem Seliger - als Führer der Partei dieses Bereiches bereits unbestritten - einen letzten Versuch unternahm, um eine ungerechte Nachkriegsentwicklung zu verhindern. Auch damals blieb er leider allein. Als der junge Kaiser Karl im Oktober die Nationen des Staates als selbständig erklärte, war es schon zu spät.

In jener Zeit hatte auch das Bürgertum der Sudetenländer die drohende Gefahr begriffen. Alle Reichstagsabgeordneten dieser Gebiete fanden sich in Wien zusammen und bildeten Landesregierungen für die deutschen Bereiche. Seliger war in Deutschböhmen der führende Kopf. Von bürgerlicher Seite stellte sich der unbelastete Dr. von Lodmann von Aue zur Verfügung. Es war zum ersten Mal in der Geschichte, daß die führende Arbeiterpartei zusammen mit dem Bürgertum Politik machte. Nur ein Parteiführer von so hohem Grad wie er war imstande, die Arbeiter davon zu überzeugen, daß in entscheidender Stunde auch sie sich nicht von der Nation lossagen können. Da die Tschechen auf der Seite der Sieger standen und bei ihnen der Nationalismus dominierte, wurde den Sudetendeutschen das Selbstbestimmungsrecht verweigert, und Seligers Versuch zu einer Verständigung mit den Worten des tschechischen Finanzministers Rasín "mit Rebellen verhandeln wir nicht" abgelehnt.

Eine dritte große Periode sollte Seligers politische Wirksamkeit abschließen. Bei den ersten Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei waren die deutschen Sozialdemokraten mit 44 v.H. der Stimmen zur stärksten Partei ihres Volkes geworden. Seliger, der sich schon 1919 auf dem Parteitag in Teplitz auf den Boden des neuen Staates gestellt hatte, zog in das Prager Parlament ein und führte dort seinen Kampf um gerechte Lösungen weiter. Die Partei aber, deren Vorsitzender er geradezu mit Selbstverständlichkeit geworden war, geriet in eine schwere Krise. Die durch den Krieg verwelkenden und unzufriedenen Massen drängten nach revolutionären Lösungen, eine kommunistisch beeinflusste Linke forderte sogar eine Nachahmung des russischen Beispiels. Seliger stellte sich vom 3. bis 7. Oktober 1920 auf dem Parteitag in Karlsbad seinen Gegnern und beschwor die Einheit der Partei. Damals, als die Auswirkungen des Kommunismus noch unbekannt waren, gehörte großer Weitblick dazu, den demokratischen Sozialismus zu verteidigen. Seliger siegte, aber er opferte sein Leben. Trotz einer schweren Blutvergiftung und entgegen dem Rat der Ärzte rang er auf dem Parteitag drei Tage lang um die Demokratie und die Einheit der Partei. Am 18. Oktober starb Seliger, nur wenige Monate älter als fünfzig Jahre. - Sein Beispiel des ganzen Einsatzes für eine gute Sache soll unvergessen sein.